

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 70 (1990)
Heft: 2

Artikel: Augenschein in Dresden
Autor: Reich, Richard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-164769>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Richard Reich

Augenschein in Dresden

Eine Gesprächsrunde von Spitzenpolitikern, Unternehmern und Wissenschaftlern aus den beiden Deutschland zum Thema «Politischer und wirtschaftlicher Neubeginn in der DDR» — das musste eine vorweihnachtliche Reise nach Dresden wert sein. Doch wie kam man am besten dahin? Die Flugpläne verhießen wenig Gutes. Als günstigste Variante erwies sich noch ein Flug nach Prag mit anschliessender Bahnfahrt von knapp vier Stunden; denn der öffentliche innerdeutsche Verkehr hatte sich der neuen Lage noch nicht angepasst, nicht zuletzt auch deshalb, weil in diesem Bereich nach wie vor die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs das letzte Wort haben.

Zwischenhalt in Prag

Die abendliche Ankunft in Prag weckte Erinnerungen ans späte Jahr 1967. Im Café des berühmten Jugendstil-Hotels «Europa» am Wenzelsplatz traf sich Abend für Abend eine Gruppe der «inneren Emigration»: Schriftsteller mit Schreibverbot wie Gustav Janouch, ein Altkommunist der ersten Stunde, der nun ohne jegliche «normale» Einnahmenquelle in einem Schrebergartenhäuschen ohne Heizung und Wasser am Stadtrand dahinvegetierte, und dem eben sein vierter oder fünfter Hund vergiftet worden war; oder ehemalige Redaktoren und Parteifunktionäre der unmittelbaren Nachkriegszeit, die ihr Leben als Nachtwächter oder Gelegenheitsarbeiter fristeten; Männer, die wenige Monate später, im «Prager Frühling», erneut zu Amt und Würden kommen sollten, um schon im Herbst darauf nur um so tiefer zu fallen.

Nun, 22 Jahre später, fanden sich noch zwei jenes Kreises zum Erinnerungstreffen ein. Die andern waren 1968 ums Leben gekommen oder in der Folge in Gefängnissen und Irrenanstalten einer nach dem andern allmählich erloschen. Draussen auf dem Wenzelsplatz zogen sie, wie all die Tage zuvor, langsamen Schrittes vorüber, zu Tausenden und Abertausenden, Menschen jeden Alters und Herkommens, mit Fahnen und Transparenten, diszipliniert und schweigend, nur hin und wieder den Namen Havel skandierend — «Havel als Präsident». Meine Bekannten sassen da mit glänzenden Augen, schauten und schauten, als vermöchten sie noch immer nicht zu glauben, was sie sahen.

Kleiner Grenzverkehr

Anderntags wartete man vergebens auf den internationalen Zug nach Dresden. Er sei in Rumänien hängengeblieben, hiess es. Gerüchte gingen um — und immer wieder die bange Frage: Was werden die Russen machen? Drei Stunden später war plötzlich ein Ersatzzug da. Der Ratschlag, einfach zu warten und sich nicht von der Stelle zu rühren, hatte sich bewährt. An der letzten Station vor der Grenze, in der mittleren Industriestadt Decin, stiegen schwer bepäckte Frauen zu. Der Anblick des Schweizerpasses liess ihr Misstrauen schwinden. Sie seien aus Dresden, erzählten sie, und hätten die zweimal zwei Stunden Bahnfahrt auf sich genommen, um die Weihnachtspost für Verwandte in der Tschechoslowakei auf sicheren Weg zu bringen und gleichzeitig vom grösseren und vor allem billigeren Warenangebot in der Tschechoslowakei zu profitieren.

Wiedervereinigung als Wiedergutmachung?

Und dann kam das, was ich in den folgenden Tagen noch öfter zu hören bekommen sollte: Ob ich als neutraler Schweizer bei genauerem Betrachten nicht auch zugeben müsse, dass die DDR per Saldo das einzige Land sei, das den Krieg wirklich verloren habe? Sie, die Ostdeutschen, seien doch nicht schuldiger am Zweiten Weltkrieg und seinen Folgen als die «Bundesdeutschen». Auch seien sie nicht minder fleissig und nicht weniger begabt als jene. Und doch stünden sie nun praktisch vor dem Nichts.

Daraus aber zogen diese Frauen und viele weitere Gesprächspartner der folgenden Tage den Schluss, diese Ungerechtigkeit könne im Grunde noch am ehesten mit einer Sanierung der DDR-Wirtschaft durch möglichst rasche Wiedervereinigung abgegolten werden. Am Dresdner Symposium klangen solche Argumentationen, wenn auch natürlich weniger unverblümt, ebenfalls an — zum deutlich sichtbaren Unbehagen der anwesenden Spitzenpolitiker beider Seiten, welche die Aufbruchstimmung des Neubeginns nicht zu sehr durch realpolitische Mahnungen zudecken wollten, gleichzeitig aber doch ihre Sorgen um das internationale Umfeld und um die Gefahr einer neuen «Deutschen Frage» mit weltpolitischen Dimensionen nicht einfach verleugnen durften.

«Helmut, Helmut»

Mit eher gemischten Gefühlen sah man auf solchem Hintergrund der öffentlichen Rede Bundeskanzler Kohls entgegen, die in dieser selben

Woche den Höhepunkt seines Dresdner Treffens mit der neuen DDR-Regierung bilden sollte. Eine fahle Sonne durchbrach am späten Nachmittag des 19. Dezembers die Düsternis des winterlichen Hochnebels. Sie milderte den Anblick der als Mahnmal stehengebliebenen dunklen Ruinen des Königsschlusses und der Frauenkirche — Zeugen jener schrecklichen Bombennacht vom 13. Februar 1945, deren Wunden sich, anders als in den meisten andern deutschen Städten, nie mehr völlig schliessen lassen sollten.

Die Strassen waren von einer Nervosität freudiger Erwartungen erfüllt. «Helmut, Helmut» skandierend, zogen Tausende und Abertausende zum Neumarkt, unter einem Riesenmeer von schwarz-rot-goldenen BRD-Fahnen, deren Herkunft sich niemand recht erklären konnte. Vereinzelt wagten sich SED-Funktionäre mit «sozialistischen» Parolen unter die Menge, sahen sich aber jeweils blitzschnell isoliert und so sehr mit bitter-höhnischen Zurufen eingedeckt, dass sie ihre Spruchbänder eiligst wieder einrollten und unbehelligt in der Menge untertauchten. Und dies, ohne dass die ungezählten freiwilligen Ordnungshelfer mit ihrer Schärpe «Keine Gewalt» als Kennzeichen je hätten eingreifen müssen.

Dann begann der Bundeskanzler seine Rede — nicht mit «Liebe Landsleute», sondern mit «Sehr verehrte Damen und Herren». Und wieder einmal zeigte dieser vielkritisierte, oft belächelte Mann in schwieriger Stunde seine wirkliche staatsmännische Statur. Er strahlte Hoffnung und Zuversicht aus, ohne sich auch nur einen Augenblick von den hochgehenden Wogen der Erwartungen und auch der Illusionen in beiden Deutschland zu unkontrollierten oder auch nur unpräzisen Aussagen verleiten zu lassen. Er versprach Hilfe zur Starthilfe, aber keine Wunder. Er brauchte das Wort von «unserer Heimat», aber nicht ohne nachdrücklich festzuhalten: «Es ist ein schwieriger Weg zur deutschen Einheit, aber gemeinsam mit allen europäischen Nachbarn werden wir ihn schaffen.»

Ohne Liberalisierung kein Wiederaufbau

In den Verhandlungen selbst machte Kohl in Dresden schon deutlich, was er seither noch und noch wiederholt hat: Hilfe im grossen, längerfristigen Stil ist an die Voraussetzung tiefgreifender politischer und wirtschaftspolitischer Reformen gebunden; ohne wirkliche Liberalisierung ist ein echter Wiederaufbau gar nicht möglich. Wie schwierig dieser Neubeginn sein wird, zeigte sich auch in der Dresdner Gesprächsrunde und den damit verbundenen Einblicken in die Realitäten der DDR in geradezu niederschmetternder Art.

Die ersten Tage des Symposiums brachten eine schonungslose wirtschaftliche Auslegeordnung, deren Fakten im Grunde all jene Spekulationen

nen um einen «Dritten Weg» zum Schweigen bringen müssten. 70 Jahre Erfahrung in Russland, 40 in den übrigen Ostblock-Staaten sollten angesichts des allseitigen Fiaskos doch eigentlich zur definitiven Einsicht genügen, dass jegliche These von der blossen «Fehlanwendung einer an sich nach wie vor richtigen Ideologie» endgültig fehl am Platze ist. Doch selbst diese Front ist noch alles andere als bereinigt, wenn man sich vor Augen hält, wie sehr nicht nur die Theoretiker bisheriger östlicher Herrschaftskasten, sondern auch westliche Intellektuelle sich um dieses Eingeständnis dialektisch herumzumogeln suchen.

Schlechtere Startbedingungen als 1945

Andererseits zeigt ein genauerer Einblick in den ostdeutschen Alltag nur zu deutlich, dass es von der Proklamation rechtsstaatlicher Demokratie und Marktwirtschaft bis zu deren Funktionsfähigkeit noch ein äusserst steiniger Weg sein wird. Die Schwierigkeiten sind weit grösser als beim Wiederaufbau Westdeutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg. Dort waren die bisherigen Machthaber aller Stufen samt und sonders weggewischt. Die Währungsreform konnte praktisch befohlen werden, der Übergang zur Marktwirtschaft ebenfalls. Und beides wurde von seiten der westlichen Siegermächte durch massive Finanz- und Wirtschaftshilfen in Verbindung mit unerbittlichen ordnungspolitischen Auflagen abgestützt. Darüber hinaus haben die zwölf Jahre des «Tausendjährigen Reichs» bei weitem nicht genügt, um in der Bevölkerung jeglichen Bürgersinn und jeglichen Reflex marktwirtschaftlichen Handelns abzutöten.

In der DDR hingegen fällt die wirtschaftliche «Stunde Null» in eine politisch nach wie vor ungeklärte Periode, nicht zu reden vom gesellschaftlichen Umfeld, das nach vierzigjähriger Fehlprogrammierung von allem und jedem mit Händen zu greifende Symptome totaler Orientierungslosigkeit aufweist. Das beginnt schon bei der Sprache. Der Dialog in Dresden stand in der ersten Runde im Zeichen laufender Verständnisschwierigkeiten. Die jahrzehntelange systematische begriffliche Verfremdung in Wissenschaft und Politik hatte ihre bösen Früchte gezeitigt. Es war selbst in einem Kreis von Sachverständigen nötig, zunächst einmal das wirtschaftspolitische Vokabular zu bereinigen und sich auf bestimmte Begriffsinhalte volks- und betriebswirtschaftlicher Art zu einigen.

«Geschönte» Zahlen

Eine weitere, kurzfristig nicht wirklich zu überwindende Schwierigkeit ergab sich sodann aus der Tatsache, dass die volkswirtschaftlichen Daten

nach dem offiziellen Eingeständnis des zuständigen statistischen Amtes über Jahrzehnte hinweg «geschönt» worden waren. Konkret bedeutet dies, dass selbst die sonst als zuverlässig geltenden Zahlen der OECD-Statistiken in bezug auf die DDR — und wohl auch anderer Oststaaten — nicht über alle Zweifel erhaben sein dürften.

Doch selbst wenn die Zahlen stimmen würden, wäre die Wirtschaftslage äusserst bedenklich. Das Staatsgebiet der DDR ist industriegeschichtlich gesehen alles andere denn ein Entwicklungsland. Nach 1945 musste also von der Substanz her nicht bei Null angefangen werden. Und in den ersten Jahrzehnten sah es so aus, als ob das Land, zumindest für osteuropäische Begriffe, eine Spitzenposition einzunehmen vermöchte. Doch inzwischen rangiert es deutlich hinter Ungarn und der Tschechoslowakei. Die DDR, die dreieinhalb mal grösser ist als die Schweiz, verfügt über ein Brutto-sozialprodukt von wenig mehr als zwei Dritteln des schweizerischen und über eine Kopfquote von einem guten Viertel der unsrigen. Die Ausland-verschuldung hat in den letzten Jahren geradezu südamerikanische Aus-masse angenommen: Nicht weniger als 60 Prozent des Exportertrags müs-sen für den Schuldendienst verwendet werden.

Zerfallende Arbeitsmoral

Die Öffnung der Westgrenzen kann dieser Wirtschaft zumindest kurzfri-stig nicht allzu viel helfen, weil — einmal ganz abgesehen vom Währungs-problem — gegenwärtig nur wenige, schon bisher exportorientierte Berei-che Güter zu produzieren vermögen, die im anspruchsvollen Westen auch wirklich Abnehmer finden. Seit zu Anfang der siebziger Jahre der private Besitz an Produktionsmitteln durch eine Verfassungsänderung endgültig verboten und die Handels- und Gewerbefreiheit praktisch erstickt wurde, ging es unaufhaltsam abwärts. Betriebsleiter beklagten im persönlichen Gespräch nicht nur den Niedergang der Ausbildung, sondern auch den Zerfall der Arbeitsmoral: Bis zu einem Viertel der Arbeitszeit gehe durch systematische «Krankschreibung» verloren; gegen die zehn bis zwölf täg-lichen «Pausen» sei praktisch nicht mehr aufzukommen. Da das Gesetz für die kleingewerblichen Privatbetriebe nicht nur den Personalbestand auf maximal zehn Stellen begrenzt, sondern auch zwingend eine geringere Ent-löhnung gegenüber den «volkseigenen» Staatsbetrieben vorschreibt, sind hier Arbeitsklima und Wirtschaftlichkeit kaum viel besser.

Sichtbarste Folgen sind Schwierigkeiten der täglichen Versorgung. Zu den Mittagspausen bilden sich lange Schlangen vor Schnellimbisständen und Lebensmittelläden (in einem Fall ging die Schätzung auf gegen drei-hundert Meter), wobei das Angebot geradezu deprimierend dürftig ist.

Andererseits sind die Restaurants wegen der Preise nur spärlich besetzt. In Schuh- und Kleidergeschäften braucht es Glück, um rechtzeitig genug zur Stelle zu sein, wenn neue Artikel eintreffen; denn die gängigsten Grössen sind in kürzester Zeit ausverkauft und praktisch nicht nachlieferbar.

Wirtschaft der programmierten Schwachstellen

Damit ist zugleich eine der zentralen Schwachstellen berührt, wie sie jeweils in ähnlicher Form in sämtlichen Planwirtschaftsländern binnen kurzem zur Plage werden: Das Verteilsystem klappt ganz einfach nicht. Das fängt schon bei Ersatzteilen an. Autoreparaturen können deshalb leicht Monate dauern — und dies nach einer «Lieferfrist» der Neuwagen von durchschnittlich über zehn Jahren. Das Grundübel liegt in einer völlig falschen «Arbeitsteilung». Marketing, Kundenbetreuung und Vertrieb liegen nicht bei den Produktionsstätten selbst, sondern sind zentralisierten «Spezialorganisationen» übertragen. Das bedingt nicht nur eine alles überwuchernde Bürokratisierung sämtlicher Abläufe im Wirtschaftsprozess, sondern auch Leerläufe und Fehlleistungen in groteskem Ausmass, das durch den fehlenden Sachverstand und eine lähmende Interesselosigkeit der «übergeordneten» Zentralapparate noch zusätzlich verstärkt wird.

Dieses System programmierter Ineffizienz hatte anfangs der achtziger Jahre noch eine weitere «Dimension» erhalten, die sich inzwischen verheerend ausgewirkt hat: Die mittleren Produktions- und Dienstleistungsbetriebe verschiedenster Art und Struktur wurden in sogenannte «Bezirks-Kombinate» zusammengefasst. Damit wurde eine weitere unproduktive Stufe in Form der zentralen Kombinatiatsverwaltung geschaffen, die keinerlei Know-how, wohl aber zusätzliche administrative Stellungskriege einbrachte.

Verplanter «Markt»

Da unter anderem auch die Ausstattung der Produktionseinheiten durch Investitions- und Betriebskapital Sache des Staats und damit der vorgeordneten Bezirks- und Zentralverwaltungen war (und noch ist), lässt sich leicht ausmachen, welche nervenzehrende und kräftebindende Ausmachungen hier immer wieder zusätzlich anfallen. Ins gleiche Kapitel gehört die sogenannte «Bilanzierungspflicht». Darunter ist eine Art von Betriebsmaterialbudget zu verstehen: Rohstoffe, Halbfabrikate und weitere Betriebsmittel sind lange im voraus zu bestellen. In der Vorweihnachtswoche waren die Dresdner Geschäftsleitungen zum Beispiel gerade mit der «Bilanzierung» für 1991 beschäftigt.

Konkret bedeutet dies, dass praktisch Produktionsarten und Produktionsquantitäten für das übernächste Jahr festgelegt werden mussten — ohne jede Rücksicht auf effektive Nachfragemengen oder gar Kundenwünsche. Besonders grotesk mutete dabei die Schilderung eines «Einzelunternehmers» in der Theaterbranche an. Für seine auf die Herstellung von Bühnenbildern spezialisierte technische Kleinfirma musste er in den letzten Tagen von 1989 ebenfalls für 1991 «bilanzieren». Wollte er dabei eine gewisse Flexibilität im Hinblick auf wechselnde Theaterpläne bewahren, musste er «überbilanzieren», was in jeder erdenklichen Hinsicht als völlig unsinnig erscheint.

Verfälschtes Preisgefüge

Dieses ganze Geflecht von verwischten Verantwortlichkeiten, von Material- und Zeitverschleiss, von organisierter Marktferne und programmierter Lähmung jeglicher Kreativität und Innovationskraft gilt es nun zu entwirren. Doch wie? Zwei der 15 Geschäftsleiter im Bezirkskombinat Dresden sind zugleich die früheren Inhaber. Auf die Frage, ob sie bei einer Reprivatisierung zum Rückkauf bereit wären, zuckten sie resigniert die Schultern. Woher das Geld und die nötigen qualifizierten Mitarbeiter für einen erfolgreichen Neubeginn nehmen? Und woher die Kraft, sich einen echten Absatzmarkt aufzubauen? Vor allem aber war die Angst herauszuspielen, dass die Reformen auf halbem Weg stecken bleiben könnten, weil der alte SED-Filz nicht ganz zu eliminieren sei — ganz abgesehen von den Unsicherheiten rund um den sowjetrussischen Reformkurs und der damit verbundenen Gefahr eines generellen politischen Rückfalls.

Eines der Kernprobleme besteht darin, dass das ganze Preisgefüge verzerrt ist. Nach Aussagen von Betriebsleitern ist es nicht möglich, wirklich transparente und zugleich realistische Kostenrechnungen zu erstellen. Darüber hinaus gibt es einen ganzen Dschungel von offenen und versteckten Subventionierungen, aber auch von Liefer-Jahresverträgen zu völlig willkürlichen Preisen. Selbst die Ferien der Betriebsangehörigen sind massiv «sozialgestützt», und zwar in Form von betriebseigenen Ferienheimen und hochsubventioniertem Gruppentourismus.

Ein Jahres-Bruttosozialprodukt für die Wohnsanierung

Dafür ist der Tourismus als Wirtschaftszweig völlig am Boden, obwohl die landschaftlichen Schönheiten zum Beispiel der «Sächsischen Schweiz»

zu seiner gewinnbringenden Pflege geradezu herausfordern würden. Indessen gelten gegenwärtig in diesem Land von 16 Millionen Menschen lediglich 130 Hotels als benutzbar, und auch dies — von den wenigen «Devisenherbergen» für westliche Ausländer abgesehen — bei stark heruntergeschraubten Ansprüchen. Landesweit stehen lediglich 1000 einigermaßen verkehrstaugliche Reisebusse zur Verfügung. Durch neue gesetzliche Grundlagen und finanzielle Anreize soll nun wenigstens die bisher verbotene private Zimmervermietung angekurbelt werden. Eine Abgabe an die Gemeinden, die bis anhin über keinerlei Eigenmittel verfügt hatten und darum auch jede Eigeninitiative vermissen liessen, soll die Voraussetzung für bessere Infrastrukturen schaffen.

Diese neuen Möglichkeiten nehmen sich aber schon deshalb nicht gerade überwältigend aus, weil es mit dem Wohnkomfort generell schlimm bestellt ist. Da die Mieten im Prinzip auf dem Stand von 1936 (!) eingefroren wurden, ist selbst in «volkseigenen» Wohnblöcken seit langem jeder systematische Unterhalt ausgeblieben. Um diese Verlotterung auch nur einigermaßen aufzufangen, wäre ein grobgeschätzter Investitionsbedarf von etwa 200 Milliarden Franken nötig, was dem gegenwärtigen Jahres-Bruttosozialprodukt der DDR entspricht.

Bedingungen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus

Der Bedarf an Erneuerungsinvestitionen ist aber auch in der Industrie gewaltig. Die Schätzungen schwanken hier zwischen 300 und 400 Milliarden Franken. Dazu müssen selbstverständlich Neuinvestitionen kommen, die unerlässlich sind, wenn die Wirtschaft der DDR mittelfristig jenen Status erreichen soll, der ihr auf Grund der objektiven Voraussetzungen im internationalen Kontext eigentlich zukäme. Dabei darf nicht übersehen werden, dass es in Ostdeutschland, wie in allen übrigen kommunistischen Staaten, um den Umweltschutz katastrophal bestellt ist. Um auch nur das Schlimmste zu verhüten, werden hier weitere Investitionen in der Höhe von mehreren hundert Milliarden fällig.

Unter westlichen Industriestaaten und vor allem auch unter den zuständigen wirtschaftlichen und politischen Gremien der Bundesrepublik scheint Einverständnis darüber zu herrschen, dass die Deckung dieses riesigen Kapitalbedarfs nur in internationaler Abstimmung angegangen werden darf, wobei der erste Zug bei der DDR selbst liegen muss. Würden Mittel grösseren Umfangs unbesehen ins bisherige System hineingetrichtert, so käme dies nach allgemeinem Konsens einer reinen «Kapitalvernichtung» grossen Stils gleich. Es gilt also, möglichst rasch wirklich tragfähige Rahmenbedingungen für eine liberalisierte Wirtschaftsordnung zu schaffen.

Zurück zu Privateigentum und Gewerbefreiheit

Die konkreten Postulate sind dabei rasch aufgezählt: Die globale Umorientierung auf Wettbewerb und Markt bedingt zunächst die sofortige verfassungsmässige Wiedereinführung der vollen Handels- und Gewerbefreiheit sowie die Eliminierung des Verbots auf Privateigentum an Produktionsmitteln. Noch in den Dezember-Gesprächen glaubte man dabei eine Art Pattsituation herauszuspüren, indem auch Repräsentanten der Wissenschaft wie der Wirtschaft der DDR zu blossen «Drittweg-Lösungen» neigten. Das konnte allerdings angesichts der Tatsache, dass bis anhin sämtliche Inhaber von Kaderpositionen irgendwelcher Art ihr Schicksal an die SED geknüpft sahen, kaum überraschen. Denn die anwesenden Vertreter der Übergangsregierung, die ja nach wie vor grossmehrheitlich von der SED gestellt wird, machten noch immer einen recht selbst- und machtbewussten Eindruck, während die Exponenten der Oppositionsgruppen auch sachpolitisch erst im Begriff schienen, einigermaßen Tritt zu fassen.

Einen Kernpunkt bildete schon zu jenem Zeitpunkt das umstrittene «Joint-Venture»-Problem, das heisst vor allem die Frage, ob bei ost-westlichen «Gemeinschaftsunternehmen» künftig auch eine ausländische Mehrheitsbeteiligung möglich sein solle. Unter Hinweis auf die medienwirksame Gefahr eines «Ausverkaufs» der DDR schienen in Dresden hiezu selbst die Oppositionsvertreter eher zur Zurückhaltung zu neigen. Inzwischen haben sie aber alle miteinander zur Kenntnis nehmen müssen, dass die potentiellen Interessenten aus dem Westen alles andere denn Schlange stehen, dass es also breitangelegter Anstrengungen bedarf, um überhaupt ein auch nur einigermaßen positives Investitionsklima zu schaffen.

Rosskuren auf schwankendem Boden

Dabei spielten selbstverständlich auch die nur allzu offensichtlichen Schwierigkeiten eine Rolle, die dem prioritären Postulat einer grundlegenden Sanierung des Preissystems entgegenstehen. Schon die dafür notwendige Entflechtung und energische Zurückstutzung des allgegenwärtigen, im wahrsten Sinn des Wortes korrumpierenden Subventionsfilzes bietet dabei erhebliche Probleme. Denn sie müsste eigentlich eher heute als morgen erfolgen, bringt aber für die Bevölkerung zunächst einmal nur Nachteile, die ans Geld gehen — und das in einer politisch völlig destabilisierten Landschaft im Vorfeld der ersten demokratischen Wahlen. Das gilt naturgemäss auch für die meisten anderen Massnahmen einer Umstrukturierung, die unvermeidlicherweise auf eine Serie von Rosskuren hinauslaufen, wobei auch eine vorübergehende Welle von strukturell bedingter Arbeitslosigkeit kaum auszuschliessen ist.

Zum Katalog der Reformen gehört natürlich auch eine Sanierung des Währungssystems, verbunden mit einer Entschuldungsaktion, beides im Rahmen internationaler Abkommen mit den üblichen Auflagen von Währungsfonds und Weltbank. Erst auf dieser Basis wird es möglich sein, einen freien Kapitalverkehr und damit auch einen echten Know-how-Transfer zu verwirklichen. Als flankierende Massnahme ist zum Beispiel ein Investitionsschutz-Abkommen unerlässlich. Auch eine umfassende Steuerreform ist von höchster Priorität, um die gegenwärtig völlig fehlenden Anreize zur privaten Kapitalbildung zu schaffen und damit für den Gedanken finanzieller Beteiligungen eine Bresche zu schlagen.

Von der Fischsuppe zum Aquarium

All dies kommt aber erst zum Tragen, wenn sich nicht nur die Wirtschaft, sondern die Gesellschaft als ganzes wieder von Grund auf am Leistungsprinzip und am Grundsatz der Eigenverantwortung zu orientieren vermag. Die «Lenkungs-gesellschaft» muss an Haupt und Gliedern liberalisiert, all die dirigistischen Versatzstücke bis hin zum staatlichen Aussenhandelsmonopol müssen eliminiert werden. Der während Jahrzehnten bevormundete und eingeschüchterte DDR-Bürger muss zu sich selbst zurückfinden und den Mut zur freien Selbstentfaltung fassen.

Der Generalsekretär des Demokratischen Forums Ungarns hat im vergangenen November bei einem Besuch in Bern die Schwierigkeiten bei der Rückkehr zur Marktwirtschaft mit der Formel umschrieben, es sei sehr einfach, aus dem Inhalt eines Aquariums eine Fischsuppe zu machen; die Wirtschaftsreformer des Ostblocks aber stünden vor der sehr viel schwereren Aufgabe, die ungeniessbare kommunistische Suppe in ein wiederbelebtes Aquarium zurückzuverwandeln.

Das ist schon von den mentalen Voraussetzungen her ein gewaltiges Unterfangen. Um so wichtiger scheint es, dass die vorhin angedeutete ostdeutsche Pattsituation zwischen der «Reform-SED» und den Oppositionsbewegungen möglichst rasch zugunsten klarer freiheitlicher Optionen überwunden werden kann. Die Entwicklungen in den ersten Januarwochen zeigen, dass dieses Ringen zwar noch in vollem Gange ist, dass aber doch Grund zur Hoffnung auf eine endgültige Überwindung der SED-Allmacht besteht.